

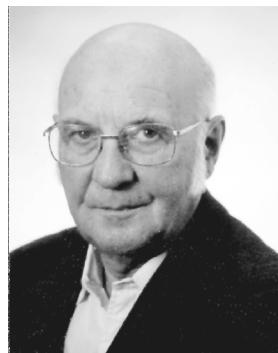
WALTER SCHMIDT

Preußen und die deutsche Geschichtskultur

Das Jahr 2001 haben die Offiziellen von Berlin und Brandenburg zum Preußenjahr erklärt. Anlaß dafür ist der 300. Jahrestag der Krönung des brandenburgischen Kurfürsten *Friedrich III.* zum König *Friedrich I.* in Preußen am 18. Januar 1701 im ostpreußischen Königsberg. Seitdem war der 18. Januar im neuen Königreich, das sich jetzt Preußen nannte, als »Krönungs- und Ordensfest« ein besonderer Tag, an dem Orden- und Ehrenzeichen verliehen wurden, namentlich der Rote Adlerorden. Das hat in der Revolution von 1848 die »Neue Rheinische Zeitung«, das Blatt von *Marx* und *Engels* in Köln, das entschieden antipreußisch agitierte und zu jener Zeit bereits die Auflösung des preußischen Staatswesens verlangte, veranlaßt, zum 18. Januar 1849 in einer scharfen politischen Glosse »den besternten und gerotvögeltten Adel und die patriarchalische Wollust der mit dem ›Hundezichen‹ Beehrten« scharf anzuprangern, weil zu diesem Feste 100 000 Taler Steuergelder verpraßt würden.¹ Natürlich hat dies im preußischen Innenministerium hellste Empörung ausgelöst und die Bürokraten nach dem Staatsanwalt rufen lassen.

Zu diesem Ereignis fand nun nach 300 Jahren am 18. Januar 2001 auch in Berlin wieder ein berlin-brandenburgischer Festakt statt. Die Zahl der vorbereiteten Ausstellungen wie der historisch durchtränkten Erinnerungs-Talkshows, -filme, -serien und anderen Sendungen in den Medien, besonders im Fernsehen, der Publikationen zum Thema Preußen im angebrochenen sogenannten Preußenjahr ist nicht bekannt, geht aber sicher über die Tausendergrenze. An speziell finanzgestützten Veranstaltungen sind zirka 400 angekündigt worden. Potsdam erhält neben einem »Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte« ein neues Preußeninstitut, die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften eine Sektion für Preußenforschung; beide sollen unter einem Leiter eng zusammenarbeiten.² Eine als vernachlässigt definierte Preußenforschung scheint sich vornehmlich auf Staats- und internationale Beziehungsgeschichte konzentrieren zu wollen, während Sozialgeschichte und Demokrastiebestrebungen in Preußen kaum Erwähnung finden.³

Pritzwalk beschenkt die Biertrinker hierzulande mit einem »Preußen-Pils«. Preußenrummel ist angesagt. Und es preußelt in unserem Lande in eine ganz bestimmte Richtung. Die Buchhandlungen bieten zum Termin schlagartig eine Vielzahl von Publikationen zur preußischen Geschichte an, fast durchweg preußischen Königen und Königinnen sowie den adligen Eliten gewidmet.⁴ Darstellungen über Demokratisches und Revolutionäres in Preußens Vergangenheit, das es



Walter Schmidt – Jg. 1930, Historiker, Prof. Dr. habil., bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zahlreiche Veröffentlichungen, unter anderem: *Wilhelm-Wolff-Biographie* (2 Bde.), illustrierte *Geschichte der deutschen Revolution 1848/49, Bürgerliche Revolution und proletarische Emanzipation in der deutschen Geschichte*. Foto: privat

1 *Neue Rheinische Zeitung*, 17. Januar 1849: *Ordensschnickschnack*

2 *Neues Deutschland*, 17. Januar 2001.

3 Vgl. dazu den Bericht von Andreas Krause: *Abgelegte Institutionen, abgestandene Thesen. Wie geht es der Preußenforschung, wie geht es weiter nach dem Preußenjahr?*, in: *Berliner Zeitung*, 20. Februar 2001.

4 Eine Auswahl von nur fünf Titeln charakterisiert gleichwohl die Tendenz: Frank Lothar Kroll: Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II. München 2000; Johann Gustav Droysen: Friedrich I. König von Preußen. 3. Auflage mit einem Vorwort von Eberhard Straub, Berlin, New York 2001; Christian Graf von Krockow: Friedrich der Große. Ein Lebensbild, Bergisch-Gladbach 2000; Karin Feuerstein-Praßer, Die Preußischen Königinnen, Regensburg 2000; Günter de Bruyn: Preußens Luise. Vom Entstehen und Vergehen einer Legende, Berlin 2001.

5 Karl Gass: Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Maximilian Dortu (Potsdamer Köpfe), Märkischer Verlag Wilhelmshorst 2000

6 Preußenjahr unterstützt Länderfusion, in: Neues Deutschland, 17. Januar 2001, S. 20; auch Rainer Balcerowiak: Kampagne mit preußischem Rückenwind, in: Ebenda, 20/21. Januar 2001.

unbestreitbar auch zur Genüge gab, und radikal Kritisches über das reaktionäre Preußentum, das fürwahr eine Realität darstellte, aber wohl eher nicht existent gewesen sein soll, kann man selbst mit der Lupe kaum entdecken. Die Biographie des von preußischen Interventions-truppen in Baden 1849 füsilierten Potsdamer Radikaldemokraten *Maximilian Dortu*, erschienen in einem kleinen brandenburgischen Verlag,⁵ ist nicht einmal im Computer des Buchhandels verzeichnet.

Und die Offiziellen verschweigen nicht die politische Instrumentalisierung dieses Jahrestags. Er soll vor allem preußische Identität schaffen helfen, die Fusion Berlins mit Brandenburg, die in der Abstimmung 1994 gescheitert war, den Leuten wieder schmackhaft machen. *Christoph Helm*, seines Zeichens brandenburgischer Kulturstaatssekretär sprach es offen aus: Das Preußenjahr soll eine »Katalysatorfunktion« für die gewünschte Länderfusion haben.⁶ Zugleich soll die Berufung auf Preußen dazu dienen, den Untertanen so genannte preußische Tugenden, Fleiß und Sparsamkeit vor allem beizubringen. Ja, es wird sogar die Überlegung lanciert, ob man denn nicht das dann vereinigte Land, wenn es denn dazu kommen sollte, Preußen nennen sollte.

Der 18. Januar 2001 bietet aber noch einen zweiten preußisch-deutschen Jahrestag. Vor 130 Jahren, am 18. Januar 1871, wurde im Spiegelsaal von Versailles, also auf französischem Boden, nach dem siegreichen Krieg gegen Frankreich von 1870/71, das Deutsche Reich als einheitlicher Nationalstaat aus der Taufe gehoben, und zwar als Kaiserreich. Der preußische König *Wilhelm*, in der Revolution von 1848 als reaktionärer Scharfmacher und Oberkommandeur der preußischen Interventionstruppen, die den badisch-pfälzischen Aufstand von Mai 1849 blutig unterdrückten, verhaßt und von *Max Dortu* mit dem Titel Kartätschenprinz bedacht, wurde an diesem Tage von den anderen deutschen Fürsten und den Militärs unter Ausschluß des Volkes und auch der gewählten Parlamentarier zum deutschen Kaiser gekrönt. Mag glauben, wer will, daß die Wahl dieses Tages zur Kaiserproklamation Zufall war. *Bismarck*, der durch drei Kriege gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71 die deutsche Reichsgründung zielstrebig vorbereitet hatte, hätte die Sache zwar lieber schon früher über die Bühne gebracht, aber da die Bayern bis zuletzt quer schossen, kam ihm der 18. Januar als alter preußischer Feiertag gerade recht. Da hat er dann auch nicht mehr auf die letzten Abstimmungen in München gewartet, die zumal äußerst knapp erst am 21. Januar stattfanden.

Die Koinzidenz der Gründungstage 1701 und 1871 hatte mehr als Symbolcharakter. Das Deutsche Reich war, wenn man es etwas grob nimmt, eine preußische Schöpfung. Die staatliche Einheit der deutschen Nation war unter der Führung Preußens mit »Eisen und Blut«, wie *Bismarck* es formuliert hatte, von oben her, durch dynastische Kriege durchgesetzt worden. Sie war keine Errungenschaft der demokratischen Kräfte von unten. Sie war nicht im Gefolge einer demokratischen Bewegung, einer demokratischen Revolution gar zustande gekommen, also kein Sieg der Demokratie. Und das Übergewicht des Konservativen, Reaktionären prägte fortan den Charakter dieses Reiches. Was nach 1871 in Deutschland stattfand, war eine Verpreußung des neuen Nationalstaates.

Schließlich ist noch ein Jubiläum zu nennen, das allerdings drei Jahre zurückliegt, ins Jahr 1998 fiel und nicht gerade preußisch, sondern deutsch und europäisch und ausgesprochen antipreußisch war: der 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49, des ersten ernsthaften Versuchs, die staatliche Einheit Deutschlands zu erzwingen, und zwar durch einen Aufbruch des Volkes, also von unten, und gerade dadurch Nation und Demokratie miteinander in Einklang zu bringen. Der Versuch mißlang; er scheiterte an der Übermacht der Reaktion, nicht zuletzt der preußischen, deren Machtgrundlagen von der Revolution nicht angetastet worden waren und die deshalb die demokratischen wie die liberalen Verfechter eines demokratischen Weges zur deutschen Einheit wieder unterdrücken, dann auf ihre Weise durch eine »Revolution von oben« den deutschen Nationalstaat herstellen und dabei ihre ökonomische und politische Herrschaft zum Schaden der Nation erhalten und ausbauen konnten.

*

Wie ist man in Deutschland mit den beiden historischen Ereignissen, der Revolution und der Reichsgründung, umgegangen? Und wie verhält man sich gegenwärtig in deutschen Landen zu 1848 und 1871? Denn eines ist unbestreitbar: Beide Ereignisse besitzen historische Bedeutung, waren tiefgreifende Einschnitte im Verlauf der Geschichte, können als gewichtige Punkte des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden; und sie waren prägend für die deutsche Geschichte, bewegten daher auch die Menschen, beschäftigten sie, verlangten, Standpunkt zu beziehen. Und dabei war keine Einmütigkeit zu erwarten, sondern herrschte Kontroverses vor, bestimmt zumeist durch die jeweilige soziale und politische Position, die man einnahm und verfocht. Adel und angepaßtes Bürgertum hatten einen anderen Blick auf die beiden Großereignisse als kleinbürgerliche Demokraten, klassenbewußte Arbeiter und Sozialisten. Wie also entwickelte sich das 1848er Revolutionsbild und Reichsgründungsverständnis im Verlauf der letzten 150 beziehungsweise 130 Jahre?

In den ersten beiden Jahrzehnten zwischen 1848 und 1871 konnte es nur um die Haltung zur Revolution gehen. Aber da wurden dennoch bereits die Pflöcke für ein gespaltenes Geschichtsbewußtsein in Deutschland eingeschlagen. Die siegreiche adlig-monarchische Konterrevolution legte es vor allem darauf an, die Revolution vergessen zu machen. Und wenn sie auf 1848 zu sprechen kommen mußte, tat sie alles, das Revolutionsjahr als Verbrechen von Irreführten und Agenten zu verteufeln, die Unrechtmäßigkeit der Revolution nachzuweisen, sie als Gotteslästerung hinzustellen, sie zu »delegitimieren«. Die Unterdrückung der Volkserhebung feierte sie indes als großen historischen Sieg des Rechts. Zahlreiche Denkmale in brandenburgischen Landen wie auch in Sachsen und in Baden, errichtet in den fünfziger Jahren, galten allein den im Kampf gegen die Revolution gefallenen preußischen Soldaten; sie demonstrieren den Haß auf die Revolution und die Genugtuung über deren Auslöschung. Genannt seien nur die 1949 auf Beschluß des noch einheitlichen Berliner Magistrats abgetragene Invalidensäule in der Nähe des Naturkundemuseums in Berlin und das Michaelsdenkmal im Park Babelsberg. Ein Nationaldenkmal für die Märzgefallenen kam hingegen nie zustande; die Reaktion unternahm im Gegenteil sogar alles, um den Märzfriedhof im Berliner

Friedrichshain einzuebnen. Und es bedurfte eines halben Jahrhunderts, bis es in Baden gelang, den gemeichelten Revolutionären von 1849 erste schlichte Ehrenmale zu errichten. Das liberale Bürgertum suchte zwar die Parlamentsarbeit in der Frankfurter Nationalversammlung von 1848/49 zu rechtfertigen, verdammt aber wie die Konservativen aufs entschiedenste die revolutionären Erhebungen des Volkes als angeblich kontraproduktiv. Nur die Demokraten und Sozialisten bekannnten sich uneingeschränkt zur Revolution und zum Recht des Volkes auf revolutionäre Gewaltanwendung gegen ein reaktionäres Regime. Aber ihre Sicht fand nicht Eingang ins Volk. Ihnen fehlten weitgehend die Medien für eine entsprechende Massenbeeinflussung.

In den 1870er Jahren wandelte sich die Szene wesentlich, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Inzwischen war die Reichsgründung erfolgt und damit ein realer Kontrapunkt zu 1848 gesetzt. 1848 Niederlage, Mißerfolg, keine nationale Einheit gewonnen; 1871 hingegen Sieg, Erfolg, endliche Errichtung des von allen, auch von den Demokraten, herbeigesehnten deutschen Einheitsstaates, der ökonomisch überaus nötig war. Nicht die Demokraten hatten den Erfolg, sondern die Konservativen; sie und nicht die Demokraten vermochten mit ihrer Macht nicht nur die weitere geschichtliche Entwicklung zu prägen, sondern ein konservatives Geschichtsbild konnte auch auf einem Erfolgsbonus basieren. Erfolg hatte immer und hat bis heute für die Massenbeeinflussung riesige Bedeutung.

Die Reichsgründung wurde nun für die Konservativen wie für die Liberalen aus dem Bürgertum das Großereignis, das 1848 verdrängen sollte und im deutschen Geschichtsverständnis auch verdrängte. Die Reichsgründung war für die Konservativen fortan strahlender Höhepunkt und allein gültiger Maßstab bisheriger deutscher Geschichte. Der große Schweizer Historiker *Jacob Burckhardt* schrieb vorausschauend Silvester 1872 an einen Freund: »Die Darstellung (der neueren Geschichte) ist ja in einer großen Mauserung begriffen, und man wird einige Jahre warten müssen mit Anschaffungen, bis die ganze Weltgeschichte von Adam an siegesdeutsch angestrichen und auf 1870 bis 1871 orientiert sein wird.«⁷ Schon nach wenigen Jahren erschienen die entsprechenden Werke. Die Geschichtskultur mehrerer Generationen von Deutschen wurde von deren Geschichtsbild geprägt. Es stellte die Revolution von 1848 ins historische Abseits, verbannte sie bestenfalls in die Vorgeschichte der Reichsgründung. Diese von der national-liberal-borussischen Schule der akademischen Geschichtsschreibung mit *Heinrich von Sybel* und *Heinrich von Treitschke* ganz auf das Jahr 1871 ausgerichtete Sicht auf die deutsche Geschichte fand durch die Medien und mehr noch durch den Geschichtsunterricht der Schulen und über die akademischen Bildungsinstitutionen weite Verbreitung, und zwar nicht nur im Bürgertum, sondern auch im Volke. Die 1848er Revolution erschien in diesem Geschichtsbild als eine Sackgasse auf dem Weg zur Einheit. Im günstigsten Falle wurde sie abgewertet zu einem mit falschen, weil revolutionären Mitteln unternommenen Fehlversuch, bei dem lediglich einige Elemente, wie etwa das Streben nach nationaler Einheit, akzeptabel erschienen.

Die Konservativen entwickelten ein an den Erfolgen von 1870/71 festgemachtes Traditionsbild, das die preußisch-deutsche Geschichts-

7 Zitiert nach Hans Schleier: Die Auswirkung der Reichsgründung auf historisch-politische und methodologische Konzeptionen der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung bis 1914, in: Horst Bartel und Ernst Engelberg (Hg.): Die großpreußisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen, Bd. 2, Berlin 1971, S. 517.

kultur bestimmte: Der Tag des Sieges von Sedan über Frankreich, der 2. September, wurde neben des Kaisers Geburtstag zum Feiertag erklärt. In Berlin beging man zur Feier des gegen Frankreich gewonnenen Krieges 1873 zum 25. Jahrestag von 1848 die Einweihung der Siegesssäule, des Denkmals im Tiergarten. In Lichterfelde legte man den Grundstein für die mit Mitteln aus den französischen Kriegskontributionen erbaute zentrale preußisch-deutsche Kadettenanstalt, wo von 1945 bis 1990 das amerikanische Militär residierte und in der heute die größten Archivbestände zur Reichs- und DDR-Geschichte lagern.

Doch setzten in den siebziger Jahren auch starke Bestrebungen ein, zum preußisch-deutschen nationalistischen Konzept eine demokratische Gegenposition zu entwickeln. Es begann das Ringen um eine demokratische Geschichtskultur. Und zwar in zwei Richtungen: einmal durch Auseinandersetzung mit dem reaktionären Charakter des Reiches und zum anderen durch Wiederbelebung der Erinnerung an 1848. Demokraten und mehr noch die organisierte Arbeiterbewegung waren die Träger dieser Aktivitäten. Man bekämpfte den reaktionären Charakter des neu gegründeten Staates, nicht aber die erreichte nationalstaatliche Einheit, zu der sich Demokraten wie Sozialisten durchaus bekannten, die sie bewahrt und vor allem durch konsequente Demokratisierung der Gesellschaft ergänzt und so erst gesichert wissen wollten. Und um dies historisch zu unterbauen, zu legitimieren, beriefen sich Demokraten und Sozialisten gerade auf den demokratischen Versuch der 1848er Revolution, hoben die Revolution auf ihren Schild.

Die Urteile der Demokraten und Sozialisten über die Reichsgründung und das Reich waren deutlich. Der süddeutsche Demokrat *Karl Mayer* nannte auf der Frankfurter Festveranstaltung der Demokraten zum 25. Jahrestag von 1848 am 30. März 1873 das neugeschaffene Reich unumwunden einen »Militärstaat. Einen solchen zu schaffen, hätte vor fünfundzwanzig Jahren als ein unmögliches Unternehmen gegolten.«⁸ Schärfer urteilte *Friedrich Engels*. Er sah die nationalstaatliche Einheit der Deutschen, die in Gestalt dieses Reiches immerhin erreicht worden und in seiner Sicht zu akzeptieren, aber nicht zu billigen war, »in Lebensgefahr gebracht durch seine preußische Grundlage.«⁹ Für *Marx* war das sozialpolitische Wesen des neuen preußisch-deutschen Einheitsstaates 1875 seinem Inhalt nach »nichts anderes als ein mit parlamentarischen Formen verbrämter, mit feudalem Beisatz vermischter und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflusster, bürokratisch gezimmerter, polizeilich gehüteter Militärespotismus.«¹⁰

Und *Wilhelm Liebknecht* hat in seiner Verteidigungsrede während des Leipziger Hochverratsprozesses gegen ihn und *Bebel* 1872 eine Aussage über das historische Schicksal des deutschen Reiches getroffen, die sicher einem überzogenen Fatalismus das Wort redete, indes, wie die folgenden 75 Jahre zeigten, nicht ganz prophetischer Substanz entbehre: »Ein Staat wie das Bismarcksche Preußen-Deutschland ist durch seinen Ursprung mit fatalistischer Notwendigkeit dem gewaltsamen Untergang geweiht. ... Auf dem Schlachtfeld geboren, das Kind des Staatsstreichs, des Krieges und der Revolution von oben, muß es ruhelos von Staatsstreich zu Staatsstreich, von Krieg zu Krieg eilen und entweder auf dem Schlachtfeld zerbröckeln oder der Revolution von unten erliegen. Das ist Naturgesetz.«¹¹

8 Otto Höhrth: Gedenkfeiern 1873 / 1898 / 1923, Frankfurt a.M. 1925, S. 18.

9 Friedrich Engels an August Bebel, 13.9.1886, in: MEW, Bd. 36, S. 524.

10 Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 19, S. 29.

11 Der Leipziger Hochverratsprozeß vom Jahre 1872. Neu hg. von Karl-Heinz Leidigkeit, Berlin 1960, S. 256f.

Gegen die Reichsverherrlichung der Konservativen und Liberalen orientierten die Demokraten und Sozialisten erinnerungspolitisch auf die Revolution von 1848. Seit dem 25. Jahrestag der Revolution 1873 organisierten die Sozialdemokraten jährlich demokratische Märzfeiern in vielen Städten. In Berlin fand eine wahre Pilgerfahrt zu den Märzgräbern im Friedrichshain statt. Der von der Polizei verbotene und oft gewaltsam verhinderte jährliche Marsch zum Friedrichshain wurde zur populärsten Demonstration der Berliner Arbeiter im 19. Jahrhundert. Im »Volksstaat« erschien in diesem Jahr *Georg Herweghs* berühmtes Gedicht: »Achtzehnhundertvierzig und acht«, endend mit dem drohend-optimistischen »Noch sind nicht alle Märzen vorbei«. Die Arbeiterbewegung entwickelte mit den Märzfeiern, die bis 1914 zu ihrem wohl wichtigsten historischen Gedenktag wurden, erfolgreich eine Gegentradition zum preußisch-deutschen Sedantag, ein Stück demokratischer Geschichtskultur, die national und international verankert war. Denn es wurde bewußt an zwei Ereignisse zugleich erinnert: an den Berliner 18. März 1848 und an den Pariser 18. März 1871, den Tag der Ausrufung der Pariser Kommune. Die Arbeiterbewegung konterkarierte so die staatsoffizielle Franzosen-Erbfeindschaft durch demokratische Solidarität mit dem französischen Volk.

Diese Zusammenhänge verdienen einen kurzen Blick in die Gegenwart. Nach langem Streit gelang es der »Aktion 18. März« am 18. März 2000 endlich, dem Berliner Senat die zuvor immer wieder verweigerte Umbenennung des »Platzes vor dem Brandenburger Tor« in »Platz des 18. März« unter der Bedingung abzurufen, daß die Jahreszahl 1848 weggelassen wird. Denn, so war verlangt, der Platz sollte auch an den Tag der DDR-Wahlen vom 18. März 1990 erinnern. Dagegen war nichts einzuwenden. Demokraten und Internationalisten können damit leben. Dies um so mehr, als es eben noch einen dritten denkwürdigen 18. März in der Geschichte gibt, eben die Pariser Kommune von 1871, übrigens revolutionärer Kontrapunkt zur deutschen Reichsgründung. An dieses Ereignis wird sicher manch einen auch der gegenüberliegende östliche Platz vor dem Brandenburger Tor erinnern, der seit langem den Namen Pariser Platz trägt. Wie sich Zufälle oft sinnvoll fügen.

Es blieb bei der scharfen gegensätzlichen Betrachtung und Bewertung von 1848 und 1871 in der deutschen Gesellschaft mit geringen Veränderungen bis zur Novemberrevolution und zur Gründung der Weimarer Republik, also bis 1918/19. Für das offizielle Geschichtverständnis stand allein 1871 im Blick, 1848 blieb weitgehend diffamiert. Und die Sozialdemokratie vor allem verteidigte demgegenüber den zentralen Standort der 1848er Revolution als eigentliches Datum historischen Fortschritts im 19. Jahrhundert.

Symptomatisch dafür wurde eine Debatte im Deutschen Reichstag am 18. März 1898. *August Bebel* hatte sie am 50. Jahrestag der Revolution erzwungen. Die Konservativen wiederholten ihre Verleumdungen der Revolution als Werk von ausländischen Agenten und Gesindel. Für die Liberalen war nur die Frankfurter Nationalversammlung traditionswürdig, die Berliner Märzrevolution hingegen eine überflüssige, ihnen peinliche, eher schädliche Episode. Dagegen erklärte *Bebel*, daß das Parlament nur eine Frucht der Märzrevolution war und verteidigte die Ehre der Barrikadenkämpfer, indem er den Konservativen zurief:

»Das ›Gesindel‹ soll Ihnen noch eingetränkt werden. Das werden wir Ihnen nicht vergessen. Es ist eine Infamie, die Männer, die damals ihr Leben in die Schanzen schlugen und für ihre Ideale kämpften, in solcher Weise zu beschimpfen. ... Die Männer haben im Jahr 1848 das getan, was Sie 1870 getan zu haben vorgeben und sich dessen heute rühmen. Wäre 1848 geworden, was die damaligen Kämpfer des Volkes aus ihm machen wollten, dann war 1870 unnötig, dann wäre das Deutsche Reich in ganz anderer Macht und Herrlichkeit als heute schon damals gegründet worden.«¹²

Mit dem Sturz des Kaiserreichs in der Novemberrevolution von 1918 entstanden fraglos günstigere Bedingungen für eine breite öffentliche demokratische Geschichtskultur, die 1871 relativierte und 1848 ins Zentrum rückte. In der Tat zeichneten sich auch Veränderungen in der Haltung zu 1848 ab. Will man die von den Anhängern von Weimar, den sogenannten Vernunftrepublikanern, getragenen geschichtspolitischen Bestrebungen jener Jahre verallgemeinern, dann wird man sie als Versuch qualifizieren können, die liberal-parlamentarischen Traditionen von 1848 mit der 1871er Errungenschaft der durch Preußens Macht gewonnenen nationalstaatlichen Einheit zu kombinieren. Einer Symbiose von 1848 und 1871, von Liberalismus und Preußentum wurde das Wort geredet. In genau diese Richtung lief die an das Angebot der deutschen Kaiserkrone für den preußischen König durch die Frankfurter Nationalversammlung im Frühjahr 1849 geknüpfte Argumentation in der Festrede des Soziologen *Alfred Weber* zur Jubiläumsfeier von 1923: »Und wenn es dann die deutsche Kaiserkrone dem preußischen König anbot, eingebettet allerdings in eine andere Machtverteilung zwischen Parlament und Krone, als die war, welche die spätere Reichsgründung geschaffen hat, im Rahmen von Bedingungen, die eine wirksame parlamentarische Selbstregierung des deutschen Volkes bei gleichzeitiger Erneuerung der Kaiserwürde und moderner Einfügung der monarchischen Institutionen in das deutsche Ganze geschaffen hätten, ... so werden wir Heutigen nach den Erfahrungen, die wir inzwischen gemacht haben, und den Entwicklungen, die eingetreten sind, wahrhaftig keinen Grund haben, das Frankfurter Parlament deswegen der Kurzsichtigkeit zu zeihen. Wir werden das damalige Angebot der Kaiserkrone samt den Bedingungen ... erkennen als einen großen symbolischen Akt, in dem zum Ausdruck kam, in welcher Weise es möglich gewesen wäre, die politische Selbstregierung Deutschlands, die preußische Hegemonie, die Kaiserwürde und die Aufrechterhaltung der monarchischen Institutionen so zu vereinen, daß viel späteres Unheil vermieden worden wäre.«¹³

Das Jahr 1848 gewann fraglos an Gewicht in der Erinnerungskultur, ohne daß freilich eine Absage an die Reichsgründung erfolgt wäre und grundsätzliche Kritik an ihr geübt wurde. Bisher waren Revolutionsgedenkfeiern zu den großen runden Jahrestagen 1873 und 1898 immer nur die Sache der Demokraten und Sozialisten gewesen und so eine Angelegenheit der deutschen Subkultur. Zum 75. Jahrestag 1923 erhielt sie erstmals halb-staatsoffiziellen Charakter. Die Berliner Reichsregierung Cuno hielt sich zwar immer noch bewußt fern; sie spendete lediglich drei Millionen Inflationsmark – das waren zirka 70 Dollar für die Ausrichtung der in Frankfurt stattfindenden Feier. Aber der sozialdemokratische Reichspräsident *Friedrich Ebert*, der Vater des lange

12 Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages, IX. Legislaturperiode, V. Session, 1997/98, 2. Bd., S. 1600.

13 Alfred Weber: Deutschland und Europa 1848 und heute, Frankfurt a.M. 1923, S. 13f.

Jahre in Ostberlin regierenden Oberbürgermeisters gleichen Namens, ließ sich nicht abhalten und verlieh durch seine Teilnahme der Veranstaltung einen gewissen offiziellen Charakter. Nicht die Revolution der Massen wurde jedoch gefeiert, sondern das Parlament von Frankfurt. Daher auch wurde nicht der 18. März, der Barrikadenkampf in Berlin, sondern der 18. Mai, die Eröffnung der Nationalversammlung in Frankfurt, zum eigentlichen Gedenktag der Revolution kreiert. Dem zugrunde lag das Bemühen, der Weimarer Verfassung eine parlamentarisch-demokratische historische Legitimation zu verschaffen.

Auch wurde namentlich von der Sozialdemokratie versucht, die Weimarer Republik, in der die Partei ja schon mitregierte, als Erfüllung des Vermächnisses der Demokraten von 1848 auszugeben, die die Errichtung eines Volksstaates auf demokratischer Grundlage gewollt hätten. Diese Sinngebung leugnete freilich den bürgerlich-kapitalistischen Charakter der Weimarer Republik, den die Kommunisten, die sich der Teilnahme am Frankfurter Festakt in sektiererischer Manier verweigerten, zurecht, aber bei gleichzeitiger Geringschätzung der bürgerlich-demokratischen Errungenschaften von Weimar auch über Gebühr herausstellten.

Die sich abzeichnende Aufwertung der Revolution in der deutschen Geschichtskultur stieß allerdings auf enge Grenzen. Selbst das auf den Parlamentarismus verengte Traditionsbild von 1848 erfuhr noch keineswegs allgemeine Anerkennung bei den Eliten und alles andere als bleibende Verinnerlichung im Bewußtsein des Volkes. 1871 überstrahlte nach wie vor 1848. Nicht erst das Ende von Weimar und die Errichtung der faschistischen Diktatur 1933 offenbarten, daß von den Offiziellen in Weimar an der Reichsgründung, dem Werk *Bismarcks*, als dem eigentlichen Traditionsgut der Deutschen aus dem 19. Jahrhundert festgehalten wurde. Lediglich Demokraten und »Vernunftrepublikaner« ließen sich zu der Feststellung hinreißen: »Ohne 1848 nicht *Bismarcks* einiges Reich, ohne 1848 nicht das einheitliche Reich der freiheitlichen Weimarer Verfassung«. ¹⁴

Die Konservativen und die Masse des Bürgertums betrachteten nach wie vor nicht 1848, sondern die Reichsgründung als das wichtigste Ereignis des 19. Jahrhundert, jede Alternative zu dem Weg *Bismarcks* zur Reichsgründung auf konservativen Grundlagen wurde strikt geleugnet. 1848 blieb im Schatten von 1871. Den Ordinarien an den historischen Fakultäten der Universitäten war 1871 nun auch der Dreh- und Angelpunkt der folgenden deutschen Geschichte. Der Geschichtsunterricht an den Volks- und Höheren Schulen pries unverändert *Bismarck* als den einzig erfolgreichen Realpolitiker und rechtfertigte gegenüber den angeblichen Illusionen der 1848er seine konservative Politik der Revolution von oben. Nur einer in der akademischen Historikerschaft versuchte in diesen Jahren, an die Stelle von 1871 die Revolution 1848 als die eigentliche »Geschichtswende« setzen: *Veit Valentin*. ¹⁵ Und er wurde dafür von der Masse der Zunft aufs schärfste kritisiert und als Außenseiter auch ausgegrenzt.

*

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten sich mit den gegensätzlichen gesellschaftlichen Prozessen in Ost und West und der Formierung zweier deutscher Staaten auch diametral entgegengesetzte Geschichtsbilder zu 1871 und 1848.

14 So der Frankfurter Oberbürgermeister Voigt zur Eröffnung der Jubiläumsfeier 1923, in: Hörth, Gedenkfeiern ..., S. 63.

15 Veit Valentin: Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849, Bd. I und II, Berlin 1930/31.

Die DDR brach total mit der traditionellen, konservativen historischen Sicht auf das 19. Jahrhundert, hob in der Bewertung der Reichsgründung nachdrücklich deren reaktionären Charakter hervor, anfangs sogar unter Vernachlässigung der positiven Seiten dieses Ereignisses, und setzte demgegenüber die Revolution von 1848 als Zentralereignis in diesem Jahrhundert in ihr Recht ein. Die Erinnerung an 1848 konzentrierte sich dabei unmißverständlich auf die revolutionären Traditionen dieses Jahres, auf die Aktionen von unten, auf die »Revolution der Straße«, und insbesondere auf die Rolle der Arbeiter und ihrer politischen Repräsentanten, namentlich *Marx* und *Engels*, in der Revolution, nicht ganz ohne deren Gewicht ungerechtfertigt zu überhöhen.

Es wurde also auch mit dem liberalen Geschichtskonzept gebrochen, nach dem das einzige pflegenswerte Erbe die parlamentarische Tradition der Frankfurter Nationalversammlung ist. Ins Zentrum rückten die revolutionären Demokraten und ihre revolutionäre Praxis. Man feierte also den 18. März und nicht den 18. Mai und hob zugleich hervor, daß 1848 auch das Erscheinungsjahr des Kommunistischen Manifests war. Das eigentlich Revolutionäre, radikal Demokratische und Proletarische an 1848 wurde als eine wesentliche historische Wurzel der vorgenommenen gesellschaftlichen Neugestaltung, des Umbruchs zu einer neuen, als sozialistisch verstandenen Gesellschaft begriffen und so propagiert. Erst im letzten Jahrzehnt besann man sich in der Geschichtspolitik der DDR auch des Gewichts der Nationalversammlung, der durchaus auch positiven, progressiven Züge liberaler Politik in der Revolution, weitete so die anfangs relativ eng gefaßte, aus den Traditionen der Arbeiterbewegung und der radikalen Demokratie herausgewachsene 1848er Erinnerungskultur.

Auch in der entstehenden und sich entwickelnden Bundesrepublik änderte sich einiges. An einer vordergründigen Verherrlichung der Reichsgründung, wie sie bisher durchaus üblich war, ließ sich angesichts der Zerschlagung dieses Reiches im Gefolge des von Deutschland vom Zaun gebrochenen Zweiten Weltkriegs und der katastrophalen Niederlage nicht mehr festhalten. Preisgegeben aber wurde ein positiver Bezug auf das Bismarcksche Reich von 1871 dennoch nicht, und zwar aus politischen Gründen. Weil mit der Reichsgründung ein deutscher Nationalstaat entstanden war, blieb 1871 vor allem in der Auseinandersetzung mit der DDR in der nationalen Frage, zur Begründung der These von der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation, ein entscheidendes geschichtspolitisches Argumentationsfeld. Grundsätzliche Kritik an der Reichsgründung, kritische Distanz zum Deutschen Reich konnte daher in der Forschung erst seit Mitte der 1970er Jahre an Boden gewinnen, in der öffentlichen Gedenkkultur jedoch kaum reflektiert. Der von Bonn vertretene nationale Alleinvertretungsanspruch erklärt, warum der 100. Jahrestag der Reichsgründung immer noch festlich begangen wurde, obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits eine sozial-liberale Koalition an der Regierung war und man mehr Demokratie wagen wollte. Es sei darin erinnert, daß selbst *Willy Brandt* ungeachtet durchaus scharfer kritischer Bewertungen des Reiches die Reichsgründung selbst anläßlich des Zentenariums 1971 noch einen »nationalgeschichtlichen Höhepunkt« nannte.¹⁶ Man sah sich geschichtlich immer noch in der Tradition des 1871 gegründeten Deutschen Reiches.

16 Willy Brandt: Bilanz und Ausblick, in: Hundert Jahre Deutschland 1870 bis 1970. Mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker und einem Nachwort von Willy Brandt, hg. von Hans-Adolf Jacobsen und Hans Dollinger, München 1969, S. 410.

Zugleich aber ist nicht zu verkennen, daß 1848 als historisches Traditionsgut auch in der Gedenkkultur und Geschichtspolitik der Bundesrepublik zunehmend Gewicht gewann. Freilich zunächst mehr in der Forschung, und auch jetzt mit einer deutlichen Schwerpunktsetzung auf das parlamentarische Erbe der Frankfurter Nationalversammlung: die Reichsverfassung und die Grundrechte. Zentrale Figur der Revolution wurde in den ersten Jahrzehnten das liberale Bürgertum und seine im wesentlichen gerechtfertigte Vereinbarungspolitik gegenüber den Fürsten. »Die Aktionen des Volkes wurden dem Prinzip des Parlamentarismus vollständig subsumiert«,¹⁷ wenn nicht gar eskamotiert. Auskunft darüber gab vor allem der 100. Jahrestag der Revolution 1948. Während man in der Sowjetischen Besatzungszone und namentlich in Ostberlin den 18. März, den Berliner Barrikadenkampf als Volksaktion, festlich beging, wurde in den Westzonen offiziell ausschließlich die Eröffnung der Nationalversammlung am 18. Mai gefeiert.

Und noch 1973 zum 125. Jahrestag wurde von bundesdeutschen Demokraten beklagt: »Noch heute wirkt in der Bundesrepublik nach, daß einst das offizielle Deutschland von Kaiser *Wilhelm II.* bis *Friedrich Ebert* die Revolution wie die Sünde haßte. Während vor zwei Jahren die Jahrhundertfeier der Reichsgründung mit offiziellem Pomp begangen wurde, wird die 125-Jahr-Feier der Revolution von 1848/49 ins Kulturprogramm abgeschoben«; man habe »bislang die Revolution als ›Volksbewegung‹ kaum zur Kenntnis genommen und sie schon gar nicht als glücklichere Alternative zur tatsächlichen deutschen Geschichte anerkannt.«¹⁸

Erst nach 1973 wurde eine Wende in der Forschung eingeleitet, von der jüngeren Historikergeneration zumal und von Geschichtswerkstätten an der Basis, in der Geschichtskultur aber erst am Ende der 1990er Jahre deutlich erkennbar. Es erfolgte eine Hinwendung zu den Bestrebungen der radikalen Demokratie, der Arbeiterbewegung und der revolutionären Volksbewegungen im Revolutionsjahr, auch wurde nun Kritik am Versagen des Bürgertums deutlicher artikuliert. *Gustav Heinemann* hatte als Bundespräsident von 1969 bis 1973 diese geschichtspolitische Wende gegen den Widerstand der alten Historikergeneration Ende der 1960er Jahre mit der Forderung eingeleitet, doch bitte nicht der DDR die revolutionären Traditionen deutscher Geschichte zu überlassen, sondern diese auch ins Traditionsverständnis der Bundesrepublik aufzunehmen und für deren historische Legitimation zu nutzen.

*

Wie sieht es mit 1848 und 1871 in der – verglichen mit den 1970er und 1980er Jahren – grundlegend gewandelten deutschen Gegenwart aus? Wie also stellt sich die heutige deutsche Gesellschaft im vereinigten deutschen Staat, die politische Klasse, der offizielle Staat einerseits und die Basis in den Gemeinden, aber auch in den Ländern andererseits zu Reichsgründung und 1848er Revolution und neuerdings auch zu Preußen?

Verschiedene, durchaus gegenläufige Tendenzen scheinen die Erinnerungskultur im Deutschland der Gegenwart zu bestimmen.

Da gibt es einmal die anfangs genannten Preußenfeiern und eine vom Militärischen gelöste, sich auf angebliche Tugenden und Werte und zivile Leistungen konzentrierende Verherrlichung des preußischen

17 Helmut Hartwig, Karl Riha, *Politische Ästhetik und Öffentlichkeit. 1848 im Spaltungsprozeß des historischen Bewußtseins*, Fernwald 1974, S. 15.

18 Frankfurter Rundschau, 4. August 1973.

Staates und seiner vornehmlich adlig-monarchischen Eliten im Zusammenhang mit der Königskrönung von 1701. Doch darf nicht übersehen werden, diese Preußen-»Renaissance« findet weitgehend nur im Osten, namentlich in Berlin und Brandenburg, vielleicht noch in Sachsen-Anhalt statt. Schon Sachsen, Thüringen und – trotz des preußischen Vorpommerns – auch Mecklenburg-Vorpommern im Osten halten sich recht bedeckt.

Total abstinent verhält sich der deutsche Westen, von dem doch immerhin das Rheinland und Westfalen seit 1815 zu den ökonomisch, sozial und auch politisch entwickeltsten Regionen des preußischen Staates gehörten. Gar nicht zu reden von Süd- und Südwestdeutschland, wo die Preußen-Aversion spätestens seit der Revolution von 1848 ungebrochen ist, die generell reservierte Sonderhaltung Bayerns zu Preußen nicht zu vergessen. Letzteres erinnert mich an einen Spruch an der Pinnwand bei der Preußenausstellung im ersten Preußenjahr von 1981 im damals West-Berliner Gropius-Bau, den ein Bayer dort festgemacht hatte und der lautete: »Nun haben wir Bayern – nach dieser Ausstellung also – endlich wieder ein richtiges Feindbild«.

Zum anderen fällt auf, daß der Reichsgründungs-Jahrestag mehr oder weniger links liegen gelassen wurde. Es mag ja sein, daß 130 Jahre kein so rechter Anlaß für ein Jubiläum sind wie ein Zentenarium oder ein 300. Jahrestag. Wiewohl man sich durchaus vorstellen kann, daß man nach zehn Jahren wiederhergestellter staatlicher deutscher Einheit im Jahr darauf, also 2001 offiziell auch an die staatliche Einigung vor 130 Jahren erinnert. Man hat es nicht getan. Ja, schon zum 125. Jahrestag der Reichsgründung 1996 war es erstaunlich ruhig um das Deutsche Reich geblieben. Und das scheint sich jetzt fortzusetzen.

Freilich sind auch gegenläufige Tendenzen im letzten Jahrzehnt nicht zu verkennen. Damit ist zuvörderst nicht die in der Bundesrepublik nach wie vor hohe Wertschätzung der Politik *Bismarcks* in den 1860er Jahren gemeint, die in den 1980er Jahren bekanntlich auch in der DDR wesentlich differenzierter und positiver als in den Jahrzehnten davor bewertet wurde. Zu verweisen ist indes auf solche gedenkkulturellen Vorgänge wie die von einem Privatier fiananzierte Wiedererrichtung des von amerikanischen Artilleristen 1945 weggeschossenen Reiterdenkmals des einstmals als Reichsgründer apostrophierten ersten preußisch-deutschen Kaisers *Wilhelm I.* am Deutschen Eck in Koblenz. Dazu zu rechnen ist auch die Rückbenennung der Grotewohl- in Wilhelmstraße in Berlin-Mitte. Ganz abgesehen davon, daß eine kritische Auseinandersetzung mit den zahlreichen reaktionär-preußischen Straßennamen in Westberlin oder gar ihre Umbenennung durchweg unterblieb.

Fragt man nach den Gründen dafür, daß das Jahr 1871, das über ein Jahrhundert als der Höhepunkt deutscher Geschichte nicht nur im 19. Jahrhundert gegolten hatte, nun in der offiziellen Geschichtspolitik zurückgetreten zu sein scheint, so wird man in erster Linie wohl auf das geringere politische Interesse an diesem Jahrestag stoßen. Die Reichsgründung von 1871 war der politischen Klasse in der Alt-BRD darum so wichtig gewesen, weil die Berufung auf den damals zustande gekommenen deutschen Nationalstaat eines der Hauptargumente für die Begründung des nationalen Alleinvertretungsanspruchs und des »Rechts« der BRD war, sich in Angelegenheiten der DDR einzumi-

schen. 1871 war instrumentalisiert für die bundesdeutsche Wiedervereinigungspolitik. Das hat sich mit dem Anschluß der DDR am 3. Oktober 1990 erledigt. Sicher aber spielt auch eine Rolle, daß mit den Resultaten des deutschen Einigungsaktes von 1990 weit weniger Staat zu machen ist als etwa mit dem, was ein Jahrzehnt nach der Reichsgründung bei der bürgerlichen Gestaltung und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes erreicht worden war.

Damit setzte sich aber zugleich ein Trend durch, der schon in den 1970er Jahren sichtbar geworden war. Namentlich von der Sozialgeschichte war zunehmend Kritik am Deutschen Reich wegen dessen politischer Rückständigkeit geübt worden. Ganz aus dem Blick konnte nicht bleiben, daß von diesem Reich zwei Weltkriege angezettelt worden waren, die Europa in ein Chaos stürzten und zur Spaltung der Nation geführt hatten. Das hatte Rückwirkungen auch auf den Gründungsakt dieses Reiches. Die anfangs halbherzige, dann schärfer akzentuierte Distanzierung vom Deutschen Reich war schon in den beiden letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts, namentlich in der Geschichtsschreibung, verbunden mit einer Aufwertung der 1848er Revolution. Und auch dieser Prozeß erreichte nach 1990 eine neue Qualität. Immerhin: Die Revolution wird heute in der durch den Anschluß der DDR größer gewordenen Bundesrepublik erstmals ohne Wenn und Aber als das entscheidende traditionswürdige Großereignis der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts akzeptiert. 1848 hat im öffentlichen, auch offiziellen Geschichtsverständnis, so glaube ich, das Reichsgründungsjahr 1871 weitgehend verdrängt. Damit scheinen das Konzept *Valentins* und *Heinemanns*, aber wohl auch die seit 1873 von der deutschen Demokratie und der Arbeiterbewegung vertretene und von der DDR übernommene Sicht auf 1848 Oberhand zu gewinnen.

Die Revolutionsgedenkenfeier am 18. Mai 1998 war erstmals in Deutschland offizielle Staatsangelegenheit, und erstmals würdigte auch das deutsche Nationalparlament, der Bundestag, in einer Sondersitzung eine deutsche Revolution. In der breiten Öffentlichkeit, namentlich »unten«, wurde noch zu keinem Jubiläum zuvor der 1848er Revolution so intensiv und umfangreich gedacht wie 1998, freilich in den verschiedenen Landesteilen doch noch recht unterschiedlich. In Südwest- und Westdeutschland weit mehr als im Osten und Norden Deutschlands. In Baden und Württemberg und im Rheinland sowie in Hessen vor allem offenbarte sich erstmals ein recht unbefangener Umgang auch mit der »Revolution der Straße«, mit den Aufständen, Barrikadenkämpfen, Unruhen des Volkes, revolutionären Militärraktionen. Das ist neu.

Gleichwohl geht fehl, wer annimmt, daß bisherige Unterschiede und Gegensätze in der deutschen 1848er Erinnerungskultur ausgelöscht wären. Es wurden gerade zum Jubiläum bei aller – zuvor über Jahrzehnte verweigerten – Anerkennung der Revolution in der deutschen Gesellschaft im Gegenteil deutliche Grenzen in der Haltung zu 1848 sichtbar. Namentlich die politische Klasse vermag sich nach wie vor nicht für jene Vorgänge zu erwärmen, die für eine Revolution nun mal wesensbestimmend sind, für die revolutionären Aktivitäten des Volkes, für den Einsatz von Gewalt von unten zur Verwirklichung demokratischen Fortschritts. Von Staats wegen bleibt man lieber bei der abschließlichen Pflege der parlamentarischen Tradition von 1848, bei der

Würdigung der Frankfurter Nationalversammlung. In offizieller Sicht sind nicht die demokratischen Volkserhebungen, sondern der Parlamentarismus bewahrenswert, rangiert die im Parlament institutionalisierte Revolution vor der Volksrevolution. Die »Paulskirche« dominiert immer noch den »Friedrichshain«.

Gedacht wurde der Revolution offiziell – wie zuvor – nicht schon am 18. März, sondern erst am 18. Mai. Da fand die nationale Revolutionsfeier in Frankfurt statt, dort wurde auch die zentrale Ausstellung eröffnet. Der Bundestag tagte zu 1848 Ende Mai in der Frankfurter Paulskirche, und die Redner des Hohen Hauses bezogen sich mit einer Ausnahme ausschließlich auf die parlamentarische Tradition. Nur der PDS-Vertreter *Uwe-Jens Heuer* brachte die Volkskämpfe ins Spiel, die erst das Parlament möglich machten, und verlangte, auch ihrer zu gedenken.¹⁹ Berlins Herrschende benahmen sich besonders revolutionsabstinent. Mehr als eine offizielle Kranzniederlegung im Friedrichshain kam nicht zustande. Nur den sogenannten Festungsgraben wollte der Senat durch Umbenennung zur Ehrung von 1848 freigeben. Alles, was hier zum Gedenken geschah, kam von unten, von der »Aktion 18. März«, die einen Gedenkzug zum Friedrichshain organisierte und die schon erwähnte Umbenennung des östlichen Platzes vor dem Brandenburger Tor in »Platz des 18. März« erzwang.

Im diametralen Gegensatz dazu steht die Revolutionserinnerung im deutschen Südwesten, in Baden und Württemberg zumal, aber auch in Rheinland-Pfalz und im Rhein-Main- und Neckarraum wie in der ehemaligen preußischen Rheinprovinz. Auch hier ging die Initiative von unten aus. Aber – und das eben war neu – die Stadtverwaltungen und selbst die Landesregierungen zogen mit. Baden-Württemberg stellte fünf Millionen für das Revolutionsjubiläum zur Verfügung. Vor allem die Städte und Gemeinden waren erfolgreich bemüht, die Erinnerung an 1848/49 zu einer Sache breiter Bevölkerungskreise zu machen. Jeder Ort feierte in Baden seine Revolutionäre. Hier wurde besonders deutlich, daß anders als 1973 oder 1948 ein unverkrampfter öffentlicher Umgang mit dem ganzen Revolutionserbe Platz greift. Auch die Demokraten, selbst die radikaler Färbung wie *Hecker* und *Struve*, erhielten einen Ehrenplatz in der historischen Ahnengalerie. Das wiederum hat aber im Gegenzug auch einen der führenden Historiker, der die zentrale Revolutionsausstellung in Frankfurt am Main verantwortete, veranlaßt, vor einer Pflege revolutionär-demokratischer Traditionen zu warnen. Er wandte sich gegen die hohe Wertschätzung *Heckers* in Südwestdeutschland, weil so »ein entschiedener Gegner des parlamentarischen Mehrheitsprinzips und damit des Herzstücks eines demokratischen Verfassungsstaates auf den Schild gehoben« werde.²⁰ Danach ist allein ein Parlament zur Gewährleistung demokratischen Fortschritts berechtigt, während revolutionärer Druck der Straße und alle Versuche als angeblich kontraproduktiv zu verwerfen seien, die mächtige Konterrevolution durch revolutionäre Gewalt des Volkes in die Schranken zu weisen und so erst Demokratie und echten Parlamentarismus zu sichern.

Sicher war den Revolutionsfeierlichkeiten im deutschen Südwesten eine Tendenz zur Entpolitisierung, Harmonisierung und vor allem Kommerzialisierung eigen. Folklore wurde groß geschrieben, die Revolution touristisch vermarktet. Man schwang Heckerhüte, verkaufte

19 Aussprache zum 150. Jahrestag der verfassungsgebenden Nationalversammlung/Paulskirche in der 237. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Mai 1998, in: Das Parlament, 5. Juni 1998.

20 Lothar Gall: Ein großer Tag der deutschen Geschichte. Am 18. Mai trat die erste deutsche Nationalversammlung zusammen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18. Mai 1998.

Jubiläums-»T-Shirts 1848«, schenkte Revolutions-Wein aus. Revolutionsmenüs zierten die Speisekarten; in Frankfurt wurde ein »Paulskirchen-Wochenende« als touristische Attraktion präsentiert. In Baden aber empfahl ein Wanderbüchlein als Wanderrouen eben auch den »Weg der Revolutionäre« aus den beiden badischen Aufständen und der Reichsverfassungskampagne; und eine »Zeit-Zug 1848« benannte »rollende Wanderausstellung«, die auch nach Berlin kam, vermittelte neben zahlreichen örtlichen Expositionen ein beeindruckendes Bild von der Revolution im deutschen Südwesten.

Man geht hier unübersehbar neue Wege der Wiederaneignung des Revolutionserbes. Nicht selten hört man den Vorwurf, da werde platter Gedenkrummel inszeniert. Aber es sei vor vorschnellen Urteilen gewarnt. Kommerzialisierung ist nun mal ein Wesenselement der Gesellschaft, in der wir leben. Erinnerungskultur wird sich dem schwerlich ganz entziehen können. Und: Wie soll heute eine Revolution als Tradition gepflegt werden, wenn sie von größeren Teilen der Bevölkerung angenommen werden soll? Auch spielt natürlich der Inhalt eine Rolle. Wenn man demokratische Traditionen des Volkes, Aktionen der unteren Schichten der Bevölkerung, ihre politischen und sozialen Emanzipationsbestrebungen heutigen Generationen nahebringen will, warum soll da auf »volkstümliche« Formen der Rezeption historischen Wissens verzichtet werden? Warum sollen solche Formen historischen Erinnerns nur Ereignissen der mittelalterlichen Geschichte, Adelsfehden, stadtgeschichtlichen Vorgängen und unseligen Militärtraditionen vorbehalten bleiben?

Wo liegen die Gründe für den in vieler Beziehung neuartigen, unverkrampften Umgang mit dem Erbe einer deutschen Revolution, auch mit ihren radikaldemokratischen Elementen? Da wäre mehreres zu nennen. Sicher läßt die Distanz von eineinhalb Jahrhunderten vieles abgeklärter erscheinen. Selbst in Frankreich wurde ja die Marseillaise erst in der Dritten Republik in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts, also ein Jahrhundert nach 1789, zur Nationalhymne. Auch spielt für die unterschiedliche Intensität des Erinnerns sicher regional verschieden ausgeprägtes demokratisches Traditionsbewußtsein eine Rolle. Nicht zuletzt wäre der allgemeine Trend zur Regionalisierung, zum Stolz eher auf die Leistungen der engeren Heimat als der fernerer Nation in Anschlag zu bringen.

Daß die Revolution als Ganzes überhaupt akzeptiert und als Positivum in der deutschen Geschichte bewertet und selbst radikalen Demokraten wengleich nicht unwidersprochen wenigstens partiell ein Ehrenplatz eingeräumt wurde, erklärt sich indes vor allem aber wohl aus der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konstellation. Weder ist – trotz großem Problemstau – eine gesellschaftspolitisch kritische oder gar krisenhafte Situation vorhanden, keine Revolution in Sicht; noch sieht sich die bundesrepublikanische Gesellschaft der Konkurrenz durch ein anderes, nichtkapitalistisches sozialpolitisches System ausgesetzt. Die 1970 gegen *Heinemanns* Konzept der Integration revolutionärer Traditionen ins bundesdeutsche Geschichtsverständnis vorgebrachte Warnung vor der Gefahr des Umschlagens revolutionärer Traditionspflege in aktives revolutionäres Handeln gegen das bestehende Gesellschaftssystem ist nicht gegeben. Die liberale Historikerin *Birgit Bublies-Godau* spricht in diesem Zusammenhang recht offen

von der »nach dem Ende der ›deutsch-deutschen Erbschaftsfehden‹ und der Befreiung vom ideologischen Ballast möglichen Neubewertung der politischen Rolle von Demokraten und Republikanern in der Revolution«. ²¹

Freilich, so ganz korrekt ist die neuerliche Pflege auch radikaldemokratischer Traditionen nun auch wieder nicht. Tunlichst übergangen wird nämlich in der Regel der ganze soziale Forderungskatalog der 1848er Radikaldemokraten. Von den Ansprüchen, die die Arbeiter 1848 stellten, ist noch weniger die Rede. Vom Recht auf Arbeit hört man nichts. Auch wird neuerdings die Arbeiterbewegung von 1848 nicht mehr behandelt. Nur abgewickelte DDR-Historiker luden 1998 zu einer Konferenz »Demokratie und Arbeiterbewegung 1848/49« ein. ²² In den geschichtspolitischen Stellungnahmen wie in der Medienbehandlung der Revolution wurde auf eine Erörterung der sozialen Komponente, des Aufbrechens der sozialen Konflikte der kapitalistischen Gesellschaft, des Gegensatzes von Kapital und Arbeit, des Tatbestands der Massenarbeitslosigkeit ganz verzichtet. Ausgeblendet blieben in der Regel die zentralen sozialen Forderungen der arbeitenden Massen in der Revolution, die auf die soziale Ausgestaltung der bürgerlichen Gesellschaft, auf den später so genannten »Sozialstaat« hinausliefen, von den bürgerlichen Eliten 1848/49 indes rigoros abgeblockt wurden.

Der Grund dafür ist unschwer zu erkennen. Eine gebührende Behandlung der sozialen Probleme von 1848 paßt nicht in die politische Landschaft. Wer diese Aspekte hinreichend erörtert und als ein wesentliches Traditionselement bewußt macht, der muß eine andere als die der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft genehme Traditionslinie ziehen, daß nämlich die Grundprobleme des Kapitalismus, die 1848 erstmals offen auf die Tagesordnung traten, ungeachtet der in den letzten eineinhalb Jahrhunderten von den Arbeitern dem Kapital aberungene sozialstaatlichen Konzessionen, immer noch ungelöst sind. So läßt man die sozialen Hintergründe und Ausmaße dieser Revolution in der Geschichtspolitik zu 1848 lieber außen vor, zumal da man ja gerade dabei ist, die in 150 Jahren aberungenen Zugeständnisse des Sozialstaates rigoros abzubauen.

*

Nach 150 Jahren scheint 1848 nach langer Diffamierung den Platz im deutschen Traditionsverständnis einzunehmen, der dem Revolutionsjahr objektiv zukommt. Freilich mit sehr unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. Für die offizielle Gedenkkultur bleibt seit einem Jahrhundert unverändert bestenfalls der Parlamentarismus traditionswürdig. An der Basis, in Gemeinden, namentlich in Geschichtswerkstätten, aber auch in den Ländern vor allem im west- und südwestdeutschen Raum, rückte hingegen erstmals massiv die »Revolution der Straße« ins Blickfeld. Auch in den neuen Bundesländern, die zwar mit wesentlich weniger, aber immerhin doch rund vierzig Publikationen aufwarten konnten, interessierten mehr die Geschehnisse vor Ort, in den Städten, auf dem Lande und in den einzelnen Regionen wie die demokratische Bewegung generell. Weitgehend vergessen blieben im Jubiläumsjahr indes die Arbeiterbewegung und die soziale Frage.

Die Reichsgründung von 1871 ist gedenkpolitisch fraglos in den Hintergrund getreten. Dafür aber feiert das offizielle Berlin zusammen mit

21 Birgit Bublies-Godau: Von der Revolution zu den Revolutionen, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung, 11. Jg., Baden-Baden 1999, S. 223.

22 Siehe Helmut Bleiber, Rolf Dlubek, Walter Schmidt (Hg.): Demokratie und Arbeiterbewegung in der deutschen Revolution von 1848/49. Beiträge des Kolloquiums zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 am 6. und 7. Juni 1998 in Berlin, trafo verlag Berlin 2000.

Brandenburg anlässlich der Königserhebung von 1701 Preußens sogenannte Tugenden, mit denen sich das Sparregime des Sozialabbaus und die gewünschte Länder-Fusion historisch recht gut legitimieren läßt. Die Revolution war zum 150. Jubiläum Berlin keinen Staatsakt wert. Eine preußische Königskronung erhielt indes die Ehre eines Festakts. Zum höheren Ruhme Preußens werden Steuergelder spendiert. Daß die offizielle Preußeneuphorie im Ausland auf Ablehnung stößt, weil man dort das reaktionäre Wesen des preußischen Staates durchaus noch gut in Erinnerung zu haben scheint, hat die Berliner Touristikbranche schon zu spüren bekommen und daher auf den Slogan 300 Jahre »Preußen 2001« umgehend verzichtet.²³

23 Preußen schreckt ab, in: Neues Deutschland, 5. Februar 2001, S. 4 und 12.

Um die demokratische Geschichtskultur in deutschen Landen ist es also gegenwärtig nicht gerade zum Besten bestellt. Die sichtbar gewordene offizielle Höherbewertung der 1848er Revolution, zumindest ihrer institutionellen parlamentarischen Variante, und die gegenwärtige Hintanstellung der Reichsgründung von 1871 darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der deutschen Gesellschaft zugleich ein rechtsorientierter Geschichtsrevisionismus sich breit zu machen scheint. Die Tendenzen einer konservativen Wende – jüngst sprach man wohl nicht zu Unrecht von einer »späten kulturellen Gegenrevolution«²⁴ – begannen sich – in meiner Sicht – mit dem Ende der DDR durchzusetzen und wurden vor allem auf dem Felde der Zeitgeschichte sichtbar. Zunächst wurde – und wird immer noch – alles getan, um die DDR-Geschichte unter dem Totalitarismusverdikt zu verdammen, auf daß ja nie wieder ein Sozialismusversuch unternommen werde. Begleitet wird dies von Bemühungen, aus der Zeit des Faschismus die deutsche Wehrmacht durch Kritik an einer deren Kriegsverbrechen anprangernde Ausstellung wieder reinzuwaschen.

24 Gabriele Zimmer, in: Neues Deutschland, 3/4. Februar 2001.

Nachdem der Sozialismus nach erkonservativem Muster historisch entsorgt wurde, geht man jetzt dazu über, auch mit den radikaleren Demokratiebestrebungen in der alten Bundesrepublik aufzuräumen. Ins Visier genommen wird in jüngster Zeit vor allem der 1968er Aufbruch, der in der Tat der Alt-BRD einen Demokratieschub bescherte, nun aber als bloße Gewaltorgie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu disqualifizieren gesucht wird. Und die Akteure aus jener Zeit, von denen nicht wenige den Weg durch die Institutionen bis in die lukrativen Regierungsämter geschafft haben, werden dahin gebracht, der Anwendung jedweder Gewalt von unten ein für allemal abzuschwören: Was die Geläuterten auch allzu bereitwillig tun, nachdem sie an den Hebeln der so genannten legitimen Macht inzwischen Gewalt heuchlerisch im Namen der Menschenrechte gegen andere Völker angewandt und massiv propagiert haben.

In diesen Trend paßt gleichsam als Ergänzung die Wiederentdeckung preußischer Geschichte. Der Geschichtsrevisionismus auf dem Felde der älteren Geschichte kommt freilich nicht mehr martialisch daher, ja läßt es durchaus nicht an partiell Kritischem zum reaktionären Preußentum fehlen. Preußenverherrlichung stützt sich nicht mehr auf militärische Siege und Preußens Gloria, sondern konzentriert sich auf so genannte positive Leistungen und Werte wie etwa die Toleranz, über deren ökonomische, soziale und politische Hintergründe man allerdings ganz im Ungewissen gelassen wird.